

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabebüros 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 Mk., bei Zustellung 2,50 Mk., bei Postzustellung 2 Mk. Alle Vorlesungen Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend werden nach Möglichkeit auf Postboten und andere Unternehmen zu jeder Zeit übergeben. Bei Fällen höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Rückzug des Verkaufspreises. — Abhandlung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Vorantrag gestellt ist.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamt Tharandt, Finanzamt Nossen.

Nr. 57. — 84. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postleitz.: Dresden 2640

Sonntag den 8. März 1925

Ein englischer Sicherheitsplan. Chamberlain in Paris.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 7. März. In politischen Kreisen wurde erklärt, dass Chamberlain in Genf keine Vorschläge machen werde, die darauf abzielen könnten, einen Ersatz für das Genfer Protokoll zu schaffen. Der Evening Standard meint allerdings, dass es wahrscheinlich sei, dass Chamberlain dem Völkerbundsrat erklären werde, dass die englische Regierung mit Zustimmung der Dominions bereit wäre, in relativ kurzer Zeit einen Plan vorzulegen, der einerseits den Sicherheitswünschen Frankreichs entsprechen würde, und der anderseits dazu bestimmt wäre, den Frieden in Mitteleuropa aufrecht zu erhalten. Der Evening Standard macht darauf aufmerksam, dass es zum ersten Male geschehen werde, dass ein englischer Staatssekretär für Neukeres Präsident der Beratungen des Völkerbundsrates sein werde. Das Blatt erhält schließlich, dass Chamberlain ungefähr eine Woche von London abwesend sein werde.

Das deutsche Sicherheitsangebot.

Eine Rede Chamberlains im Unterhaus. Der englische Außenminister Chamberlain, der am Sonnabend in Paris eintritt, wo er mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot eine Zusammenkunft hat, gab im englischen Unterhaus vor seiner Abreise Erklärungen zu dem deutschen Sicherheitsvorschlag ab.

Chamberlain betonte, er begrüße den neuen Schritt von Seiten der deutschen Regierung, der große Möglichkeiten für den Frieden und die Sicherheit der Welt haben und der Ausgangspunkt für eine wirkliche Erholung in der europäischen Lage sein könnte. Es sei zu früh, zu sagen, dass diese Vorschläge wirklich dazu führen würden oder nicht, aber es sei nicht zu früh, zu sagen, dass die britische Regierung ihnen die größte Bedeutung beimesse und verabsichtige, ihnen die erste Erwähnung anzudienen zu lassen. In der Hoffnung, dass in diesem freiwilligen Schritt der deutschen Regierung ein Weg gefunden werden wird, der von der unglücklichen Vergangenheit weg führt zu einer besseren und friedlicheren Zukunft. Wenn dies vollbracht werden könnte durch und mit Hilfe Englands, und wenn diese Hilfe erforderlich sei, um es zu tun, so werde sowohl die Hilfe als auch der gute Wille Englands nicht fehlen.

Während der Rede Chamberlains wurde das Mitglied der Arbeiterpartei Kirkwood aus dem Hause verwiesen, weil er Chamberlain unterbrochen. Kirkwood weigerte sich, das Haus zu verlassen. Schließlich tat er es aber doch, und ihm folgte die gesamte Arbeiterpartei einschließlich Macdonalds und ein Teil der Liberalen.

Chamberlain und Skrzynski in Paris.

Paris, 7. März. Chamberlain ist gestern nachmittag pünktlich 6,15 Uhr auf dem Pariser Nordbahnhof eingetroffen. Zu seiner Begrüßung waren der britische Botschafter und der Director der politischen Abteilung am Quai d'Orsay erschienen. Chamberlain lehnte jede Erklärung an die Pressevertreter ab und begab sich sofort im Auto nach der englischen Botschaft. Die Aussprache mit Herriot beginnt heute vormittag. Am Abend um 9,15 Uhr wird der britische Außenminister seine Reise nach Genf fortführen.

Paris, 7. März. Für den Augenblick ist die Aufmerksamkeit der politischen Kreise auf die heutigen Unterredungen des polnischen Außenministers mit den hiesigen Staatsmännern konzentriert. Besondere

Bedeutung misst man einer Unterredung mit Herriot bei. Der polnische Außenminister soll dem französischen Ministerpräsidenten von den Einwendungen Polens gegen die deutschen Sicherheitsvorschläge Mitteilung gemacht haben, dass die von englischer Seite betonte Zweckmäßigkeit einer Berichtigung der westlichen Grenzen Polens die Warschauer Kreise mitwissender Ungeduld erfülle. Weiter wurde die Danziger Frage zur Sprache gebracht.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Berlin, 7. März. Wie der Volksanzeiger erfährt, hat der Streik der Eisenbahnerarbeiter auch auf den hiesigen Güterbahnhof übergegriffen. Von den 150 Güterbahnen haben 116 die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb wird durch Beamte aufrecht erhalten.

Berlin, 7. März. Die Morgenblätter melden aus Breslau: In der Nacht zum Freitag haben die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes Ortsgruppe Breslau und Umgebung den Streik für Sonntag früh 6 Uhr für sämtliche Bahnbetriebswerke, Güterbahnen und Bahnhofshandlungen beschlossen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen.

Paris, 7. März. Gestern früh sind in Paris zwei deutsche juristische Sachverständige aus Berlin eingetroffen, die zusammen mit den Vertretern des französischen Wirtschaftsministeriums direkte Bestimmungen des deutsch-französischen Handelskonsortiums bearbeiten werden. Eine erste Beratung fand bereits gestern nachmittag statt. Zur Erörterung gelangten die Fragen des Niederlassungsrechtes. Die Sachverständigen für Schiffahrt und andere Fragen werden Anfang kommender Woche erwarten. Erst dann wird zur Einsetzung von Unterkommissionen geschritten.

Erleichterungen im deutsch-dänischen Grenzverkehr.

Kopenhagen, 7. März. Gestern fand an der nordwestlichen Grenze eine deutsch-dänische Konferenz statt, auf der die deutsch-dänischen Grenzen von Vertretern der Polizei und Staatsbahn beider Länder besprochen wurden. Das Hauptergebnis dieser Verhandlungen ist, dass man wahrscheinlich schon vom Sommer ab mit einer großen Erleichterung im Grenzverkehr und einer Erweiterung des Fahrplanes rechnen kann.

Dänische Sparmaßnahmen im Rüstungswesen.

Kopenhagen, 7. März. Der Kriegsminister hat dem Finanzausschuss seinen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der vorsieht, dass die diesjährigen Mandate einzustellen und dadurch 1,5 Millionen Kronen zu sparen. Außerdem will er durch Herabsetzung der Ausgaben für militärische Neuanschaffungen 6 Millionen Kronen sparen.

Präsentantenkandidaten.
Von unterrichteter Seite wird uns zu der kommen den Präsentantenwahl geschrieben:
Nachdem sich die Erde über dem ersten Reichspräsidenten geschockt hat, schwält der Kampf um die Nachfolge immer höher an. Es sind ja nur noch die Wochen bis zum Zeitpunkt der Wahl, also wird es bald allerhöchste Zeit, sich über die Kandidaten zu einigen, die nun jede Partei — oder fast jede Partei ausspielen will. „Will“ ist eigentlich ein bisschen viel gesagt, weil bei allen Parteien eigentlich nur Verlegenheitskandidaturen herauskommen werden.

Ganz links, bei den Kommunisten, ist die Sache ganz einfach, sie haben den Vorsitzenden ihrer Reichstags-

wird behauptet, die Benennung von Marx geschehe schon deshalb, um die preußische Krise einer Lösung zu führen zu können. Deswegen sei im Preußischen Landtag auch der Antrag gestellt worden, die Neuwahl des Ministerpräsidenten bis nach der Reichspräsidentenwahl zu verschieben. Der Antrag sei befürchtet einzustehen ab. Wird Marx aber im ersten, spätestens im zweiten Wahlgang der Kandidat der Weimarer Koalition — die Demokraten dürfen kaum einen Kandidaten nominieren —, so hat Marx zweifellos starke Chancen, gewählt zu werden, weil rechtmäßig mögliche Parteienstellung eine Mehrheit ergeben könnte. Freilich wäre es denkbar, dass etwa im zweiten Wahlgang ein demokratischer Mann aufgestellt würde, gegen den auch die Rechte nichts einzuwenden hätte, weil er Verdienste aufzuweisen hätte, die von der Rechten anerkannt werden.

Aus der Reichen — also von Nationalsozialisten über Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei bis zur Wirtschaftspartei, parlamentarisch gesehen — ist ein Zusammensetzen in der Kandidaturfrage eingeteilt worden, bei dem der frühere Minister Voegeli, der bekannte Mitarbeiter Böllows und Vorsitzender des Reichsbürgerrats, eine maßgebende Rolle spielt. Er hat aber nicht nur die Parteivereite zusammengebracht, sondern auch den Zutritt der Führer der großen wirtschaftlichen und nationalen Organisationen herbeigeführt, um eine Aussprache zu veranlassen, die natürlich ganz unverbindlicher Natur ist. Darin ist neben den reinen Parteimännern Dr. Scholz und Dr. Heinz von der Volkspartei auch Dr. Hartmann, der seitlicher Reichsminister, zum Vorschlag gebracht worden, aber auch Wallraf, der frühere Kölner Oberbürgermeister, später Staatssekretär des Innern unter Hertling, hat Aussichten, die mehr in der Persönlichkeit selbst als in seiner Stellung als zweiter Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei liegen.

Dergegenüber ist aber noch nicht gesagt worden, weil ein solcher Vorschlag erst der Genehmigung mindestens der betreffenden Fraktionen unterliegt. Von einem Schlachtruf: Hier Hartmann — hier Marx!, wie ihn ein Berliner Blatt aufbrachte, kann bisher jedenfalls noch nicht die Rede sein. Zu erwarten ist allerdings, dass die Rechte sich einige wird. Fragt sich bloß, ob ihr Kandidat bei dem ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhält; nach den Stimmenverhältnissen der letzten Reichstagswahl würden die Dinge jedenfalls in der Schwere sein.

Es wurde schon angedeutet, dass für den zweitlos wohl notwendigen zweiten Wahlgang vielleicht eine andere Konstellation eintreten, wenn etwa einer der beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen, bei der Neuwahl sich als nicht zugrüssig genug herausstellt. Die Kommunisten werden ihren Mann wählen, die Weimarer Koalition wird sich dann offiziell wohl auf Marx einigen, für die Rechte dürfte dann die Wahl des zweiten Mannes wichtiger werden als die des ersten.

Deutscher Reichstag.

OB. Sitzung. OB. Berlin, 6. März.

Präsident Doebe verlas bei Eröffnung der Sitzung Befehlsbriefen, die aus Anlass des Todes des Reichspräsidenten dem Reichstag zugegangen sind von den Parlamenten von Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Türkei, Peru, Südtirol, San Marino, Salzburg und den Landtagen von Niedersachsen-Schwerin und Niedersachsen-Strelitz. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. Eisler (Comm.), dass der Reichstag sich sofort mit der Neuwahl des Reichspräsidenten und mit der Frage der

Stellvertretung des Reichspräsidenten beschäftigt. Als der Redner erklärte, der verstorbene Präsident Doebe habe seine Macht ausschließlich für die Bourgeoisie eingesetzt, verließ viele Sozialdemokraten den Saal. Reichsaußenrat Dr. Luther, ruhiger der Redner fort, hätte auf dem Wege des kleinen Staatsreiches eigenmächtig das Amt des verstorbenen Reichspräsidenten an sich gerissen. Der Reichstag durfte das nicht dulden. Die kommunistische Fraktion verlangte die sofortige Beratung eines Gesetzesvorschusses, wonach der Reichstag einen Stellvertretenden Reichspräsidenten wählt. Präsident Doebe teilte mit, dass der Altersrat morgen sich mit der Frage beschäftigen werde, die mit der Stellvertretung und der Neuwahl zusammenhängt.

Abg. Lehrenbach (Centrum) bestreit, dass der Reichsaußenrat mit der Übernahme der Stellvertretung die Verfassung verletzt hätte. Zu den mit der Präsidentenstellvertretung zusammenhängenden Fragen müssten die Fraktionen erst Sitzung nehmen. Der Redner erhob Einspruch gegen die sofortige Beratung des kommunistischen Antrages, der damit für die heutige Sitzung gelassen ist. — Auf der Tagesordnung stand dann zuerst die erste Beratung des Gesetzesvorschusses über Bußabfuhrung von

Renten aus der Invalidenversicherung.
Abg. Kucken (Soz.) bezeichnete die in der Vorlage vorgebrachte Steigerung der Renten als durchaus unzureichend. Sie vertrage bei den Höchstrenten im günstigsten Falle nur 10 Mark monatlich. Abg. Andrie (Dtr.) beantragte Überarbeitung der Vorlage an den sozialpolitischen Ausschuss. Abg. Nadel (Comm.) lehnte die Vorlage ab. Abg. Bleeker (Dem.) bemängelte gleichfalls die in der Vorlage vorgebrachten Sätze als zu niedrig. Die Vorlage wurde dann dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Keine Reichstagssitzung.
Präsident Doebe erklärte daraus zu den auf Grund von Mitteilungen im Reichstag erschienenen Pressemeldungen von

